

KAI-UWE MERZ

Revolte BERLIN

EINE KULTURGESCHICHTE
DER 1970ER-JAHRE



ELSENGOLD





KAI-UWE MERZ

Revolte BERLIN

EINE KULTURGESCHICHTE
DER 1970ER-JAHRE



EINLEITUNG

Zwei Revolten –
In West-Berlin die Studenten, in Ost-Berlin die Künstler 7



PROLOG

Heinrich Albertz 1968 –
Seine Reise zu sich selbst in 285 Tagen 13



STADTPOLITIK

Klaus Schütz –
Ein Jahrzehnt Regierender Bürgermeister 27



HOCHSCHULEN

Rudi Dutschke –
Das Gesicht der Revolte und die Berliner *Kommune* 39



LITERATUR

Peter Schneider –
Sein *Lenz* als Abgesang auf die Studentenbewegung 51



TAGEBUCH

Max Frisch –
Sein *Berlin-Journal* und Friedenau als Literatur-Ort 63



KIRCHE

Kurt Scharf –
Der Bischof und der *Berliner Kirchenstreit* 77



THEATER

Peter Stein –
Der Berliner übernimmt die Schaubühne 89



LIED

Wolf Biermann –
Rauswurf aus Ost-Berlin 101



SCHAUSPIELEREI

Manfred *Manne* Krug –
Abgehauen nach West-Berlin 117



AGITROCK

Rio Reiser –
Ton Steine Scherben wird Kreuzberger Kult 131



ELEKTROPOP

David Bowie –
„Heroes“ und die Welthauptstadt des Heroins 147



FILM

Wolfgang Kohlhaase –
 Das Drehbuch zu Konrad Wolfs letztem Spielfilm 163



MALEREI

Rainer Fetting –
 Der Berlin-Maler und die *Moritzboys* 173



STADTARCHITEKTUR

Walter Womacka –
 Brunnen, Fries, neuer Mensch und neues Zentrum 183



FRAUEN UND MÄNNER

Terrorismus, freie Liebe, Mutterschaft –
 Ulrike Meinhof, Uschi Obermaier und *Paula* 199



SCHLUSSBETRACHTUNG

Zwei neue Städte? –
 Die bunte Moderne und die Revolteure 215

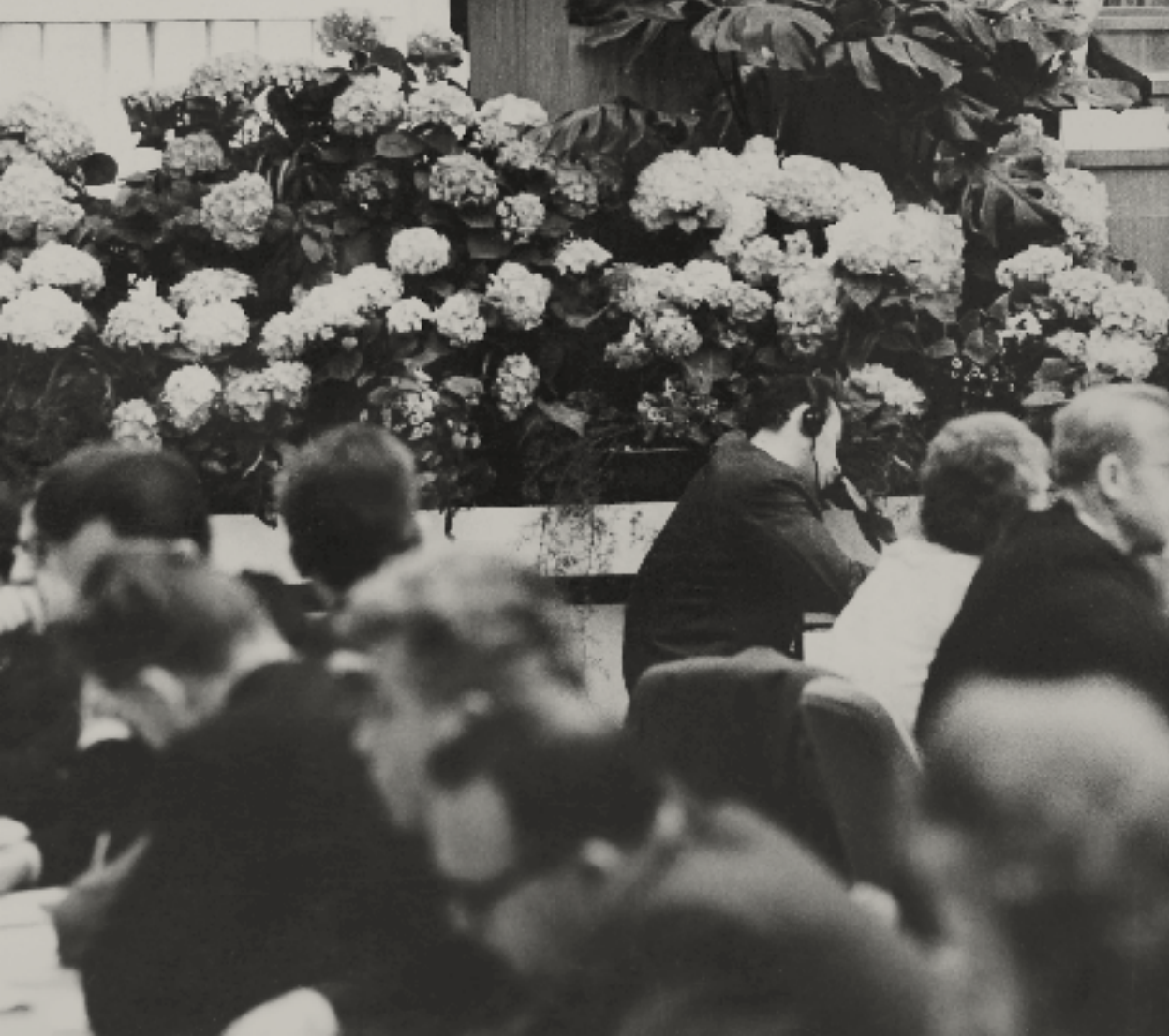


EPILOG

Das Jahrzehnt vor der neuen Einheit –
 Normalisierung und der ewige Karajan 235

Literaturverzeichnis 238

Bildnachweis, Impressum 240



EINLEITUNG

Zwei Revolten – In West-Berlin die Studenten, in Ost-Berlin die Künstler

*Was du sagst, ist ja gut und recht, aber beim
König gibt es niemand, der dich anhört.*

2 SAM 15,3



WOFÜR STEHT 1968? Diese Jahreszahl ist ein kulturelles Datum. Es steht für eine soziale Bewegung, jung, radikal, international. Sie wurzelt im Westen. Dieser Westen steht in der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre weiter in der Auseinandersetzung mit dem Osten. Wir befinden uns 1968 in der von den beiden Blöcken des Kalten Kriegs beherrschten Weltordnung. Das von der Mauer geteilte Berlin hat eine einzigartige Rolle. Hier begegnen sich die beiden feindseligen Hemisphären. 1968 findet in Deutschland vor allem in West-Berlin statt. In Berlins Ostteil legitimieren die kommunistischen Denker und Revolutionäre Karl Marx, Friedrich Engels und Wladimir I. Lenin die Herrschaft der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands SED. 1968 wird jedoch im pointiert antikommunistischen demokratischen Westteil zeitweilig von einer Bewegung dominiert, die sich ebenfalls und unter anderen auch auf diese drei Ideologen beruft. Das geschieht in der Frontstadt des Kalten Kriegs, die sich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs über Blockade und Mauerbau hinweg gegen den Sowjetkommunismus behauptet hat. 1968 wirkte dort als Provokation und zwar ganz im Geiste jenes linksradikalen Revolutionärs von 1848, dessen *Kommunistisches Manifest* eine vergleichbare Konstellation 120 Jahre zuvor beschwor:

Karl Marx 1968 in Ost-Berlin: Der DDR-Staatsratsvorsitzende Walter Ulbricht spricht zum 150. Geburtstag des *Klassikers* am 2. Mai in der Kongresshalle am Alexanderplatz.

Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des Kommunismus. Alle Mächte des alten Europa haben sich zu einer heiligen Hetzjagd gegen dies Gespenst verbündet, der Papst und der Czar, [Clemens Graf von] Metternich und [François] Guizot, französische Radikale und deutsche Polizisten.

Karl Marx ist in seiner Zeit Repräsentant des Westens. Er verstand unter *Europa* jenen Westen als Ort der Unruhe, der Entwicklung, der Zukunft, der einst die proletarische Revolution gebären und mit dem Sozialismus, später dem Kommunismus, die paradiesische Welt der arbeitenden Menschen entstehen lassen sollte. Gemeinsam mit seinem Freund und Finanzier Friedrich Engels war er ein Feind des zaristischen Russlands, das er als zurückgebliebene Hauptmacht der aus seiner Sicht freiheitsfeindlichen, tyrannischen, imperialistischen Mächte ansah, die seiner Revolution am entschiedensten im Wege standen. Diesen Gegenwartsbezug darf die Einleitung eines Buchs, das am Freitag, dem 13. Mai 2022, unmittelbar nach der Fertigstellung des die ersten Mauerjahre behandelnden Bandes *Zement Berlin. Eine Kulturgeschichte der frühen 1960er Jahre*, begonnen worden ist, zumindest andeuten. Dieser 13. Mai ist der 79. Tag des von der Russischen Föderation begonnenen Eroberungs- und Vernichtungskriegs gegen die Ukraine. Von Marx herrührende Buchtitel wie *Die Geschichte der Geheimdiplomatie des 18. Jahrhunderts. Über den asiatischen Ursprung der russischen Despotie* oder *Russlands Drang nach Westen. Der Krimkrieg und die europäische Geheimdiplomatie im 19. Jahrhundert* sind Grundschriften westeuropäischer Russophobie – in der DDR weggeschwiegen, doch zu Beginn der 2020er-Jahre von neuer paradoxer Aktualität. 1977, noch im Nachgang der Studentenbewegung, erschien die deutsche Erstausgabe von Marx' *Geschichte der Geheimdiplomatie* im West-Berliner Verlag Olle & Wolter, versehen mit Kommentierungen von Bernd Rabehl, des *Genossen* von Rudi Dutschke.

Marx spricht im zweiten Satz seines Manifestes von der Gegenbewegung der Herrschenden, der Bourgeoisie, der Reaktion. Das ist seine Prophezeiung des seiner Bewegung feindseligen, umfassenden Antikommunismus. 1968 sind nicht mehr der konservative österreichische Staatskanzler oder der monarchistische französische Außenminister und Ministerpräsident die aktuellen Gegner des Kommunismus. Antikommunistisch gesonnen waren 1968 der deutsche Bundeskanzler Kurt-Georg Kiesinger, der mit seinem Außenminister Willy Brandt die erste Große Koalition gebildet hatte. Brandt war der Regierende Bürgermeister, der als Zögling des ehemaligen Kommunisten und wortgewaltigen Gegners des Kommunismus Ernst Reuter das Stadtoberhaupt war, das die Berliner durch die erste Mauerzeit geführt hatte. Gegner der Kommunisten waren besonders die Berliner Sozialdemokraten, die sich des Zusammenschlusses mit der KPD zur SED erwehrt hatten. Deren Gegner waren ebenso in besonderer Weise die West-Berliner Polizisten. Einer der seit 1972 in West-Berlin am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität FU tätigen Polito-

logie-Professoren und Vordenker der 68er-Bewegung war der aus Italien stammende Johannes Agnoli. Er ist 1998, 30 Jahre danach, überzeugt: „1968 hat ganz Europa verändert.“ Er räumt ein, dass die Revolte keine gültigen Antworten auf die Fragestellungen einer völlig veränderten Welt bot. Sein zuversichtlicher Trost: „Sie hinterlässt uns aber die richtigen Fragen.“ Agnoli resümiert mit Bezug auf den 1998 inzwischen 150 Jahre alten Marx-Text: „Und das ist gut so, denn es ist wieder so weit: ‚Ein Gespenst geht um in Europa‘ und in der ganzen Welt.“ Wie Marx und Engels zu ihren Lebzeiten weiß auch Agnoli um die Fehler der eigenen Bewegung, der *Studentenrevolte*. Agnoli stellt zu Recht heraus, dass diese *Revolte*, deren Schauplatz auch West-Berlin gewesen ist, die Welt verwandelt hat:

Dennoch war die Revolte nicht nur notwendig, sondern auch zwar kein Erfolg [sic], aber dennoch geschichtlich wirksam. Revolten kennen im allgemeinen nur das Scheitern, sonst wären sie Revolutionen. Die gescheiterte Revolte indessen greift in die Geschichte ein, sie setzt Zeichen, die teils verschwinden, um später wieder aufzutauchen, sie verändern doch die Welt.

Im von den Übervätern Marx, Engels, Lenin beherrschten Ost-Berlin scheitert in den von 1968 geprägten 1970er Jahren eine andere Revolte, die zum anderen Teil im Buchtitel gemeint ist. Ihre Weiterungen werden bleiben, trotz aller Unterdrückung wieder an die Oberfläche dringen und dazu beitragen, die Welt tatsächlich fundamental zu verändern. Davon hatten die 68er im Westteil immer nur geträumt. Andauernd rumoren spätestens ab Mitte der 1960er Jahre im Untergrund des Kulturlebens der DDR-Hauptstadt Unfrieden, Unruhe, Unfreiheit. Man möchte die Konstellation umdrehen und sagen, dass das SED-Regime die Revolte gegen seine Kulturschaffenden versucht, indem es Wolf Biermann nicht wieder ins Land lässt, ihnen die Mauer öffnet, damit sie ihre Unzufriedenheit bloß jenseits der meinkontrollierenden, schützenden, mauerbewehrten Staats- und Stadtgrenzen ausleben mögen. Unerwartet war die *Revolte* vieler Kulturschaffender, die ihr murrendes Schweigen brachen. In ihrer ideologischen Wurzel sind beide Revolten ähnlich, sind doch die Kunstleute im Osten Berlins nach wie vor Anhänger der Idee jenes *besseren* Deutschlands, dessen Möglichkeit sie weiterhin in der DDR zu erblicken meinen, und sie sind Gegner des westlichen *kapitalistischen* Systems mit seinen noch immer manifesten nationalsozialistischen

Restbeständen. Sie sind dessen Gegner ebenso wie die Revoltierenden in West-Berlin, die das andere *System* jenseits der Mauer zwar kritisch, aber in vielen Tendenzen positiv wahrnehmen, als einen Staat, der potenziell das *bessere* Deutschland zumindest werden könnte. Es gibt eine Ähnlichkeit der Revolten, die erneut das Gemeinsame des einen Berlins in seinem Geteiltsein in den Blick kommen lässt. Wie in den vorangehenden Bänden *Wüste Berlin*, *Eiszeit Berlin* und *Zement Berlin* geht auch *Revolte Berlin. Eine Kulturgeschichte der 1970er Jahre* von der These aus, dass die Stadt über Nachkriegszeit, Kalten Krieg und 1960er Jahre hinweg *eine* Stadt geblieben ist. Das ist verblüffend häufig erkennbar. Dieses Buch behält diesen Zusammenhang im Blick, wenn es die Felder von Stadtpolitik, Hochschulen, Literatur und Tagebuch-Literatur, Kirche, Theater, des Lieds, der Schauspielerei, von Agitrock und Elektropop, Film, Malerei, Stadt-Architektur und des Verhältnisses von Frauen und Männern erörtert.

Dieses Buch ist keine Geschichte von Berlin 1968, es ist keine Geschichte der *Revolte* in dieser Stadt und keine umfassende, letzt-

Kannten sich aus Berlin: Liedermacher Wolf Biermann (l.) am 19. Juni 1977 nach der Ausbürgerung mit Schriftsteller Günter Grass in der ZDF-Sendung *Litera-Tour*.



gültige Kulturgeschichte des Berlins der 1970er-Jahre. Bewusst steht im Untertitel wie auch bei den übrigen Bänden, es sei *eine* Kulturgeschichte. Die Serie dieser kulturgeschichtlichen Berlin-Bände geht erklärtermaßen subjektiv vor, in der Auswahl, in den Vorlieben des Autors, in der Methode, die sich einzelne kulturelle Felder aussucht, sie mit als repräsentativ erachteten Persönlichkeiten besetzt und von diesen Menschen und ihren Leistungen erzählt. Das sind Menschen, verbunden mit Berlin, die exemplarisch für die Kultur der Stadt in der gegebenen Epoche stehen und als repräsentativ anzusehen sind. Schon deswegen muss das Zusammensetzen eines Gesamtbildes der Periode im Bewusstsein seiner Vorläufigkeit geschehen.

Kulturgeschichte soll lesbar und anschaulich dargestellt sein. Zeitgenössische Fotos gehören zu dieser Form des Erzählens dazu, denn Leserin und Leser sind sehende Augenmenschen. Dieser Band ist auch für Ohrenmenschen. Denn oft klingt uns laute Musik entgegen. Dazu gehört eine grafisch anspruchsvolle Gestaltung, die einmal mehr Goscha Nowak zu verdanken ist, die ebenso engagiert daran gearbeitet hat, dieses Buch zu gestalten, wie die Lektorin Marijke Leege-Topp und der Elsengold Verlag. Unser Ziel ist dabei, dass Inhalt und Form kulturvoll harmonisieren. Subjektivität und persönliches Interesse müssen nicht Kritiklosigkeit und Verklärung mit sich bringen. Wolfgang Brauer ist ein Ost-Berliner Historiker und kundiger Kulturkenner und -politiker, der viele Jahre *Die Linke* im Abgeordnetenhaus von Berlin vertreten hat. Er hat am 17. Januar 2022 in seiner Doppelbesprechung der 2021 vorgelegten Bücher *Monster Berlin* und *Wüste Berlin* in der Berliner Kulturzeitschrift *Das Blättchen* die Haltung des Autors zu Berlin so charakterisiert: „Man muss die Stadt sehr lieben, um sich ihr subjektiv und dennoch unvoreingenommen nähern zu können.“ Berlin-Klischees haben dabei nichts zu suchen.

Dieses Buch betreibt keine Wissenschaft und nimmt nicht teil am theoretischen Diskurs darüber, was der Begriff Kultur meint, den auch die 68er geführt haben. Mit dem Kulturhistoriker Hermann Glaser machen wir uns einen Kulturbegriff zu eigen, „der sich in Unterscheidung zu dem Begriff der Natur auf alles bezieht, was der Mensch als gesellschaftliches Wesen in unterschiedlichster Weise produktiv bearbeitet oder gestalterisch hervorbringt.“ Deshalb darf diese Kulturgeschichte Berlins auch antworten auf die Frage: Wie ist diese Stadt in ihren 1970er-Jahren eigentlich gewesen? Antworten auf die Fragen, was sich für und in Berlin mit der Jahreszahl 1968 ereignisgeschichtlich verbunden hat und welche Bedeutung dabei die Figur des politischen Pastors und konservativen Sozialdemokraten Heinrich Albertz gehabt hat, skizziert der Prolog.



Heinrich Albertz 1968 – Seine Reise zu sich selbst in 285 Tagen



IE JAHRESZAHL 1968 IST WENIGER ZEITANGABE ALS SYMBOL.

Sie gibt der 68er-Bewegung ebenso den Namen wie den Individuen der Gruppe. Was auch immer damit gesagt sein soll, *vor 68* und *nach 68* funktionieren als Umschreibungen eines Epochenwechsels, es sind historische Uhrzeiten, insbesondere in Berlins Westteil. 1968 bedeutet vor allem den Mai 1968, in dem in Paris die Regierung des Präsidenten Charles de Gaulle wankte und der Sohn eines atheistischen Berliner Juden, der gerade Anfang 20 war, zum Studentenfürher, zum Gesicht der Bewegung avanciert – Daniel Cohn-Bendit, zweisprachig, 1945 in Montauban in Südwestfrankreich geboren, später ein Gesicht der Partei Bündnis 90/Die Grünen. 1968 aus Ost-Berliner Perspektive bedeutete dagegen vor allem den August 1968, als Panzer des von der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken UdSSR beherrschten Warschauer Pakts in der tschechoslowakischen Hauptstadt den *Prager Frühling* niederwalzten, der Hoffnung gemacht hatte auf einen *Sozialismus mit menschlichem Antlitz*.

Fünf Tage vor seiner Wahl zum Regierenden Bürgermeister: Der Pastor Heinrich Albertz am 9. Dezember 1966 noch als Innenminister und Bürgermeister von Berlin.

AUSSERPARLAMENTARISCHE OPPOSITION, Studentenbewegung oder Studentenrevolte, das waren Begriffe, die das Aufbegehren von jungen Menschen der neuen Generation bezeichnen, die 1968 verkörpert haben. Sie nannten ihre Gegner Establishment, herrschende Klasse, Reaktionäre. Eines ihrer ersten politischen Opfer war der Regierende Bürgermeister Heinrich Albertz, der nach 285 Tagen als Regierungschef im Schöneberger Rathaus zurücktrat und daraufhin in seinen Beruf als reformierter Pastor zurückkehrte. Er ist einer dieser *politischen Pastoren* wie der frühere Dahlemer Pfarrer Martin Niemöller, wie Rudi Dutschkes Freund Helmut Gollwitzer, wie Berlins Bischof Kurt Scharf. Als Theologen, suchenden Christen, irrenden Menschen müssen wir Albertz wahrnehmen. Sähe man ihn allein als Politiker, nur als Staatsdiener, bloß als Sozialdemokraten, dann nähme man nur äußere Hüllen seiner Existenz wahr, nicht ihn selbst in seiner Vielgestaltigkeit. Der Berliner, Historiker und

Journalist Jacques Schuster betont in seiner 1997 erschienenen und bisher einzigen wissenschaftlichen Albertz-Biografie, wie der junge Albertz in der Tradition Karl Barths und der Bekennenden Kirche im Nationalsozialismus die Freiheitsverheißung, die ihm aus dem Ersten Gebot erwuchs, zu seinem Leitmotiv wählte. *Ich bin der Herr, dein Gott. Du sollst keine anderen Götter haben neben mir.* Dieser Gott des Ersten Testaments hatte sein Volk aus dem Völkerkerker Ägypten befreit, dem Joch des Pharaos entwunden. Bilder für das Dritte Reich, für Adolf Hitler waren das. Gottes Berufung hatte den Hofpredigersohn zum sich um die Menschen sorgenden, seelsorgenden Pastor gemacht. So empfand er das selbst. Politik, politische Ämter, Partei waren ihm Mittel zu seinem zentralen Zweck. Dabei war der am 22. Januar 1915 in Breslau geborene Albertz national gesinnt, grundkonservativen Zuschnitts, ein pedantischer Administrator. Er blieb seiner schlesischen Heimat immer verbunden, folgte dem Ruf nach West-Berlin auch deswegen, weil er dort Breslau näher sein konnte. Der Ex-Minister fing als Senatsdirektor in der CDU-geführten, kulturzuständigen Volksbildungsverwaltung des langjährigen Senators Joachim Tiburtius an. In Berlin hat er 1933 zu studieren begonnen, sich der Bekennenden Kirche zugewandt. Albertz war dennoch einer, den der viel ältere Halbbruder Martin, damals Superintendent in Berlin-Spandau, Pfingsten 1933 auf dem Spaziergang im Brieselanger Forst wütend ohrfeigte und den von Hitler schwärmenden Heinrich anherrschte: „Ein Albertz kann niemals Nazi sein!“ Das sind Wurzeln, die denen des eine Generation älteren – 1880 geborenen und 1967 verstorbenen – Berliner Nachkriegs-Bischofs Otto Dibelius ähneln, der in Weimar deutschnationales Parteimitglied war, den Nationalsozialisten und dem Antisemitismus keineswegs von vorneherein seine Absage erteilt hatte und der dann zur CDU fand. Sozialdemokrat war Heinrich Albertz 1946 nach dem Zweiten Weltkrieg geworden, weil er eine christlich geprägte Partei für theologisch nicht vertretbar hielt. Sozialdemokratischen Stallgeruch hatte er nie, sein Verhältnis zur SPD war ein permanentes gegenseitiges Missverstehen, Missachten, Missbehagen. Seine Ämter in der Flüchtlingsverwaltung in Celle und als zuständiger Minister in Niedersachsen waren Instrumente, um Menschen sorgend zur Seite zu stehen. So sehr es ihn, den auch gefallsüchtigen, verletzenden, hochmütigen Mann, in die erste Reihe drängte, er war ein guter zweiter Mann, was er unter dem Regierenden Bürgermeister Willy Brandt vor allem als Ordnung und Struktur schaffender Chef der Senatskanzlei bewies. Ein Freund Brandts war er allerdings nie. Doch er gehörte zu dessen *Küchenkabinett*, half nach dem Mauerbau am 13. August 1961 entscheidender als oft angenom-

men bei der Grundlegung neuer Ostpolitik durch die Passierscheinabkommen und wurde schließlich am 14. Dezember 1966 Brandts Nachfolger im Rathaus Schöneberg. Politisch tätig war Albertz gut zwei Jahrzehnte: 1947 ging er in den niedersächsischen Landtag, am 26. September 1967 trat er als Regierender zurück. Er hat ein frappierendes Verhältnis zur Studentenrevolte. Er vollzieht in atemberaubend kurzer Zeit einen Wandel nicht nur von deren Gegner, anhand seines Handelns lässt sich gar von *Feind* sprechen, zum *Sympathisanten*. Albertz wird zum Mitfühlenden, Nachvollziehenden, Verstehenden, keineswegs zum *Genossen* der Revoltierenden, sondern vielmehr zu einem das Vertrauen der Jungen gewinnenden Seelsorger. Nicht erst seine mit Hilfe seines Bischofs, Freundes, Nothelfers Kurt Scharf bewerkstelligte Rückkehr ins Amt als Gemeindepfarrer zunächst zum 1. August 1970 in der Fürbitt-Gemeinde in Britz, dann in der Gropiusstadt und ab März 1974 in Schlachtensee ist somit seine Rückkehr zu sich selbst. Seit 1976 sprach er in der ARD öfters das *Wort zum Sonntag*.

DER FEIND. Von 1962 bis 1966 ist Albertz Senator für Sicherheit und Ordnung, wie das Amt zunächst heißt, ab 1963 dann Bürgermeister und nicht nur protokollarisch Stellvertreter des Regierenden Bürgermeisters. Willy Brandt hält sich immer häufiger in Westdeutschland, vor allem in Bonn auf. Er ist Kanzlerkandidat und seit 1964 SPD-Bundesvorsitzender. Albertz stellt sich als *Kronprinz* dar, will in der Stadt Brandts ostpolitisches Erbe antreten. Der anderen dienstbare „Knecht Heinrich“, wie er sich selbst bezeichnet, entwickelt sich zum *Meister der Bürger*, bleibt in der zerstrittenen Berliner SPD ein Außenseiter. Zu dieser Zeit ist der Soldatenkönig mit dem Wahlspruch *Ordre parieren – nicht räsonieren* sein Vorbild. Und der Landesvorstand in der Berliner SPD-Zentrale in der Müllerstraße ist ihm eine „Räubersynode“. Als Innensenator, so deutet es Schuster, gewinnt Albertz trotz anfänglicher Skrupel Gefallen an Sekundärtugenden, an Ordnung, Treue, Zuverlässigkeit, Fleiß, verliert seine Berufung als staatsbediensteter Diakon aus dem Blick. Unbewusst wird der *Urzivilist* zum „Oberbefehlshaber“, der genießt, wie uniformierte Untergebene aufs Wort gehorchen. Die in Schulzendorf und Lankwitz kasernierte Bereitschaftspolizei, die sich West-Berlin mit alliierter Erlaubnis wegen der Bedrohung aus dem Osten leistet, besucht er regelmäßig, und das mit Freude. 1976 sagt er rückblickend: „Die Berliner Polizei ist doch [...] immer mehr und anders gewesen, sie ist in ihrem großen Block der Bereitschaftspolizei nichts weiter als ein motorisiertes und doch schon sehr erheblich bewaffnetes Infan-



Rudi Dutschke in der Bildmitte: Berliner Studenten demonstrieren am 5. Februar 1966 auf dem Kurfürstendamm gegen den Vietnamkrieg; die FNL ist die nationale Front zur Befreiung Südvietnams.

teriebatallion.“ Erst waren es Walther-Maschinenpistolen, die jeder Beamte bekam, später NATO-Schnellfeuergewehre. 29 Panzerspähwagen wurden gekauft, einige mit Kanonen. Die Mannschaftenstärken: 10 000 Schutzpolizisten, 3000 Mann Bereitschaftspolizei, 1400 Kriminalbeamte, 5000 Mann freiwillige Polizeireserve. Als „Stadtkommandant“ titulierte der Senator den Polizeipräsidenten Erich Duensing. Ihn kennt Albertz aus dem Krieg, nachdem er sich der Verfolgung und Verurteilung durch das NS-Regime entzog, indem er sich zur Wehrmacht meldete. Duensing war Ritterkreuzträger, hatte im Dritten Reich bei der preußischen Polizei gedient, war Generalstabsoffizier geworden, trat nach 1945 der SPD bei und wurde unter Brandt 1962 oberster Berliner Polizist. Noch vor Amtseinführung als Regierender wünschte sich Albertz eine persönliche Ehrenformation der Schutzpolizei, die ihn beim Betreten des Rathauses militärisch korrekt grüßen sollte. Die Unruhe der West-Berliner Studentenschaft nahm Albertz nicht zur Kenntnis. Sein Bild der Studenten war das des Romans *Die Studenten von Berlin* des Gründungsstudenten der Freien Universität Dieter Meichsner, der 1954 den Entstehungsmythos der

studentisch mitbestimmten FU erzählt. Die jungen Leute kämpfen gegen die Kommunisten, wie sie es noch in den frühen 1960er-Jahren tun, als Kommilitonen Menschen aus dem Osten Fluchthilfe leisten und in Dahlem US-Präsident John F. Kennedy zujubeln. Professoren waren aus Albertz' Sicht weltfremd, die Studenten sollten wie damals studieren. Die Überfüllung mit 1964 rund 16 000 Hörern ist für Albertz kein Thema. Dass aus dem Westen viele junge Männer kommen, weil sie in West-Berlin nicht zum Wehrdienst gezogen werden können, interessiert ihn nicht. Im Sommer 1965 gibt es einen Eklat an der FU, als der Rektor dem linkskatholische Publizisten Erich Kuby Redeverbot erteilt. Die Kommilitonen protestieren und beziehen sich auf die amerikanischen Studenten in Berkeley, die das Recht fordern, auf dem Campus jede Person zu jedem Thema sprechen zu lassen. Anfang 1966 verbietet der Rektor Demonstrationen auf dem Gelände. Studenten wehren sich gegen die „Ordinarienoligarchie“. Aus den Aktionen des kleinen Sozialistischen Deutschen Studentenbundes SDS wird eine breite Opposition. 3000 Studierende veranstalten ein Sit-In im amerikanisch finanzierten Henry-Ford-Bau. Erstmals wird ein Rektor tätlich angegriffen, ihm wird das Mikrofon entrissen, es hat keine disziplinarischen Folgen. Bald folgt die Identifikation mit dem im Vietnamkrieg gegen die in West-Berlin präsenten USA kämpfenden *Vietcong*, der im Verständnis des SDS den gleichen Befreiungskampf führt wie die Berliner Studenten. Im Februar 1966 folgt die erste große Vietnam-Demonstration. Das Amerika-Haus wird angegriffen, davor findet ein Sit-In statt. Die *Stars and Stripes* werden auf Halbmast gesetzt. Die Berliner sind empört. Albertz sah seine Aufgabe darin, „politisches Rowdytum und strafbare Handlungen bei öffentlichen Veranstaltungen aller Art schnell und nötigenfalls auch unter Anwendung harten polizeilichen Zwanges zu bekämpfen“. Abstoßend war für Albertz die Andersartigkeit der Protestierer. Sie lief seiner Wertschätzung von Tugenden zuwider, ihre Umgangsformen, Kleidung, Sexualität, das alles ging ihm gegen den Strich. Lange Haare, Bärte, das Duzen, die andere Sprache. Wie der Kommunarde Dieter Kunzelmann rief: „Was geht mich Vietnam an, ich habe Orgasmusschwierigkeiten.“ Greiftrupps der politischen Polizei wurden gegen Rädelsführer eingesetzt, ohne Erfahrung mit Großdemonstrationen, bewaffnet mit Pistolen. Zur Jahreswende 1966/67 wurde der Studentenschaft das Geld gesperrt. Die Polizei durchsuchte am 21. Januar 1967 ohne richterlichen Beschluss die SDS-Geschäftsstelle am Kurfürstendamm und beschlagnahmte die Mitgliederkartei. Am 28. Januar 1967 schreien rund tausend Studenten Albertz nieder, als er zur Eröffnung des John-F.-Kennedy-Instituts für Amerikanistik in

der Lansstraße erscheint. Auf den Plakaten steht *Big Heini is watching you*. Am 5. April 1967 vor dem Hintergrund des Besuchs von US-Vizepräsident Hubert Humphrey soll angeblich von elf Kommunarden der „Lebensgemeinschaft junger Maoisten“ nebst Kunzelmann eine von der chinesischen Botschaft in Ost-Berlin hinübergeschmuggelte Bombe zum Attentat auf den US-Gast zur Explosion gebracht werden, in Wahrheit ist es eine Masse aus Puddingpulver, Joghurt und Sahne. Albertz spricht von einer Gruppe „privat in abenteuerlichen Verhältnissen lebender [...] Studenten“, und stellt mit Grund fest: „Wären die FU-Chinesen zur Ausführung ihres Vorhabens gekommen, dann hätten die Sicherheitsbeamten, die den Vizepräsidenten begleiteten, von der Schußwaffe Gebrauch machen müssen.“ So berechtigt diese Warnung war, so augenfällig für die Senatssicht der Dinge und die Frontstadtatmosphäre war die Tatsache, dass Albertz die Formulierung „FU-Chinesen“ durchgehen ließ und dass sein Innensenator, der wie er aus Breslau stammende Wolfgang Büsch, von „Studentenkrieg“ sprach. Im *Krieg* gibt es einen *Feind*.

DER TAG. Der Staatsgast Reza Pahlavi, Schah des Iran, war Albertz höchst unsympathisch. „Laßt mich mit diesem Tyrannen nicht allein“, hatte er auf der letzten Senatssitzung vor dem Auftritt des iranischen Diktators gesagt. An diesem 2. Juni 1967, einem Freitag, herrschte in West-Berlin höchste Sicherheitsstufe. Das Bundeskriminalamt hatte vor einem Attentat von Exil-Iranern gewarnt und der SDS hatte zur Demonstration aufgerufen. 5000 Berliner Polizisten waren im Einsatz. Polizeitaktisch prekär war der Besuch der Deutschen Oper Berlin, weil dort mehr als 500 Abonnenten Zugang haben sollten. Ratschläge des Bonner Protokolls, die Berlin-Visite zu streichen, da es in München schon zu Schlagstockeinsätzen gekommen war, wurden nicht beherzigt. Bundespräsident Heinrich Lübke war bereits eingetroffen. Albertz wollte sich nicht diktieren lassen, wer in seiner Stadt zu Besuch kommen durfte. Als der Regierende Bürgermeister kurz nach zehn Uhr das Rathaus Schöneberg verließ, um den Gast auf dem Flughafen Tempelhof zu empfangen, war der John-F.-Kennedy-Platz abgesperrt. Hamburger Gitter trennten die Bereiche für schahfreundliche Iraner und für feindselige Demonstranten. Bei Albertz' Rückkehr, während Schah und Schahbanu Farah Diba noch ins Hilton-Hotel unterwegs waren, standen 3000 Menschen vor seinem Rathaus. Wenige bekundeten ihre Sympathie für den persischen Herrscher, viele protestierten mit Sprechchören, Spruchbändern und Plakaten. Schutzpolizei und Reiterstaffel waren angetreten. Zwei BVG-Busse brachten rund 100 iranische Gegendemonstranten,

denen ein gesonderter Bereich auf dem Platz zugewiesen war. Kurz nach zwölf fuhr der Staatsgast vor und verschwand zum Eintrag ins Goldene Buch und zum Gespräch mit Albertz im Rathaus. Jetzt verwandelten sich die *Jubelperser* in eine Schlägertruppe, die mit den Stangen ihrer Transparente auf die Protestierer losgingen; mutmaßlich handelte es sich um Agenten des iranischen Geheimdienstes SAVAK. Die Polizei tat lange Zeit nichts, dann trennte berittene Polizei die beiden Gruppen, nahm keinen Iraner, sondern fünf Demonstranten unter Protest von Passanten fest. Vor diesem Hintergrund eskalierte die Lage am Abend vor der Deutschen Oper. Kurz nach 19 Uhr war die Bismarckstraße noch nicht gesperrt. Rund 3000 Menschen erwarteten den Schah, Demonstranten genauso wie schaulustige Berliner, die in einem mit Hamburger Gittern abgesperrten Bereich standen. Wieder waren Sprechchöre und Trillerpfeifen zu hören, Transparente wurden gezeigt, man kletterte auf Bauzäune und Bäume

Der Tag, an dem Benno Ohnesorg starb: Schah Reza Pahlavi (l.) und Schahbanu Farah Dibah tragen sich am 2. Juni 1968 in Heinrich Albertz' Rathaus Schöneberg ins Goldene Buch ein.



Wurde zur Ikone:
Dieses Foto des
niedergeschos-
senen Studenten
Benno Ohnesorg
vom 2. Juni 1968,
dem Tag der Anti-
Schah-Demonst-
ration vor der
Deutschen Oper
Berlin.

und Polizisten wurden als SA- und SS-Schergen beschimpft. Polizei besetzte die Baustelle im Rücken der Protestierer, Greiftrupps wurden vor der Oper postiert. Als Sandsäcke, Farbbeutel, Tomaten und Eier auf Opernbesucher flogen, begann der Schlagstockeinsatz der Polizei. Als Albertz' Kolonne eintraf, konnte seine Sicherheit sich kaum der Geschosse erwehren. Er wies in der Oper die Schließung der Türen



an, vergaß dabei jedoch seine Begleitung, darunter seine Frau Ilse, die erst durch heftiges Klopfen auf sich und die anderen wartenden Opernbesucher aufmerksam machte. Über den Kopf des zuständigen Innensenators Büsch hinweg wies der Regierende den Polizeipräsidenten an: „Wenn ich herauskomme, ist alles sauber!“ Duensing hatte sofort das Kommando übernommen. Einwände des Senatskanzleihefs ignorierte er. Trupps trieben kurz nach 20 Uhr unter Knüppelinsatz die sich in dem durch Gitter abgesperrten Schlauch aufhaltenden Demonstranten und Passanten auseinander. Duensing verglich diesen Schlauch mit einer Leberwurst, in die „wir in d[er] Mitte hineinstecken, damit sie an den Enden auseinanderplatzt“. An der Krumme Straße warfen Studenten Knallkörper und Rauchkerzen, nun griffen Wasserwerfer ein. Greifer jagten Rädelsführer. Dann fielen Schüsse. Tatort war der Säulenhof Krumme Straße 66/67, wo heute eine Erinnerungsstele steht. Der Demonstrant Benno Ohnesorg hatte einem von Polizisten zu Boden geworfenen Kommilitonen geholfen, war im Handgemenge misshandelt, schließlich von einer Kugel getroffen worden. Er starb auf dem Weg ins Krankenhaus. Duensing erfuhr rasch vom Vorfall. Den Schützen Karl-Heinz Kurras ließ er nach Hause gehen. Der Polizeiobermeister war, was 2009 bekannt wurde, zu diesem Zeitpunkt Informeller Mitarbeiter IM des Ost-Berliner Ministeriums für Staatssicherheit und SED-Mitglied; für einen Tötungsauftrag gibt es keine Belege. Lautsprecherdurchsagen der Polizei behaupteten jedoch, ein Schutzmann sei ums Leben gekommen. Das steigerte die Erbitterung der Polizeikräfte. Albertz erfuhr davon in der Oper. Er war auch aufgrund einer erneuten Anschlagsdrohung in tiefer Sorge wegen der Sicherheitslage und verließ sich auf Duensing, der garantierte, dass der Schah sicher ins Hotel zurückkehren werde. Noch zu Hause wusste Albertz nicht, wer gestorben war. Duensing bekam er nicht ans Telefon. Der Polizeipräsident ließ sich verleugnen. Im Radio war die Rede von einem Schädelbruch Ohnesorgs. Senatssprecher Hans-Peter Herz und der Regierende gingen von Notwehr aus. Herz schrieb auf Bitten seines Chefs eine Presseerklärung. *Rowdies* hätten die Polizei provoziert. Albertz erklärte, dass er das Vorgehen der Polizei, die sich lange zurückgehalten habe, billige. Es findet sich kein Ausdruck des Bedauerns, nur diese Schilderung: „Einige Dutzend Demonstranten, unter ihnen auch Studenten, haben sich das traurige Verdienst erworben, nicht nur einen Gast der Bundesrepublik Deutschland in der Deutschen [sic] Hauptstadt beschimpft zu haben, sondern auf ihr Konto gehen auch ein Toter und zahlreiche Verletzte – Polizeibeamte und Demonstranten.“ Die Überschrift der Erklärung lautete: *Die Geduld der Stadt ist am Ende.*

DER SYMPATHISANT. Der Allgemeine Studentenausschuss Asta der FU sprach noch in der Nacht von „Mord“. Albertz fürchtete eine massive Ausweitung der Unruhen. Der Senat ging in seiner Sondersitzung am 3. Juni 1967 ohne weitere Prüfung fest davon aus, dass die Demonstranten die Schuld trugen.

Was tatsächlich geschehen war, blieb immer noch unklar, auch aufgrund der Vernebelungstaktik Duensing's. Im Senat war von Schnellgerichten die Rede, ein Demonstrationsverbot wurde beschlossen, studentische gewalttätige Störer vor der Oper sollten disziplinarisch belangt werden, die Disziplinarordnung der FU sollte verschärft werden. Um die Räumung des Dahlemer Campus, auf dem eine Protestversammlung stattfinden sollte, wurde hart gerungen. Nur unwillig verzichtete Albertz auf die Polizeiaktion. Allmählich kamen ihm aufgrund der Angaben von Journalisten Zweifel. Klarheit brachte das Ergebnis der Obduktion am Montag, dem 5. Juni 1967. Es war eine Polizeikugel Kaliber 7,65, die Ohnesorg getötet hatte. Der Schusskanal sprach gegen einen Querschläger. Die Gerichtsmedizin hatte außerdem Blutergüsse am ganzen Körper Ohnesorgs festgestellt. Damit stand auch für Albertz fest, dass Duensing gelogen hatte.

Erst jetzt wurde er für Rat empfänglich, begann zuzuhören. Schuster konstatiert, dass für den Regierungschef in den folgenden Tagen eine Welt unterging – durch die Lüge: „Sie brachte ins Wanken, was ihm all die Jahre lieb und teuer gewesen war: seine Vorstellung vom Staat, sein Verständnis der eigenen Rolle in der Politik und schließlich sein Sinn für das Soldatische.“

Albertz schreibt aus der Distanz des Jahres 1991 über diesen Moment: „Verändern heißt zu erkennen, wer man ist, was man sein kann. Hinhören, hinschauen, Konsequenzen ziehen, die eigene Vergangenheit gerade nicht verleugnen um der Zukunft willen.“ Das fasst den schmerzhaften Prozess der folgenden Monate zusammen, den er mit Unterstützung von Bischof Scharf bewältigt hat. Schuster schreibt, Albertz habe sich auf seine Anfänge besonnen, eine 180-Grad-Wende vollzogen. In der *Zeit* ist 1979 dieser Satz von ihm zu lesen: „Das erste Gebot hat immer seine schneidende Rolle gespielt, schneidend und heilend zugleich, und war schließlich auch der tiefste Grund für mein Ausscheiden aus der Versuchung der Macht im Jahre 1967 in Berlin.“ Gott ist, bleibt sein letzter Grund. Als Regierender Bürgermeister kämpft Albertz zunächst noch um sein Amt. Dass er wieder lernte, auf andere einzugehen, sich einzufühlen, einzulassen, das zeigt seine Aussage in seiner vom Sender Freies Berlin in der Reihe *Wo uns der Schuh drückt* ausgestrahlten TV-Ansprache am 2. September 1967:

Nicht jeder, der einen Vollbart trägt, will die Gesellschaft aus den Angeln heben. Nicht jeder, der einen Rollkragenpullover trägt, will unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zerstören. Und nicht jeder junge Mensch mit langen Haaren ist ein Mitglied der Kommune.

In seiner letzten Rede als Regierender sagte er am 15. September 1967 den Satz: „Ich war am schwächsten, als ich am härtesten war, in jener Nacht des 2. Juni.“ Sein Innensenator trat am 19. September zurück, drei Tage später vollzieht er selbst diesen Schritt. Duensing verschwindet ebenfalls von der Berliner Bildfläche. Albertz wird sein Mandat im Abgeordnetenhaus im Juni 1970 niederlegen. Er geht im Kirchenauftrag einige Zeit nach Brüssel, gewinnt nicht wirklich Abstand. Nach der Rückkehr nach West-Berlin am 13. Februar 1968 spürt er die Anspannung in der Stadt, deren Studenten nach seinem Rücktritt das Gefühl haben, die alte Ordnung stehe vor ihrem Ende. Der Studentenfürer Rudi Dutschke redet von einem „heißen Früh-

Audimax der Technischen Universität Berlin, 17. Februar 1968: Der Vietnam-Kongress des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes SDS tagt.



ling“ für das Jahr 1968, will einen „europäischen Cong“, spricht von der Zerstörung der „Zentren des Imperialismus“. Schon Anfang Februar war gegen die Militärjunta in Athen demonstriert worden, das „Springer-Tribunal“ beschloss, den Verleger innerhalb der nächsten zwei Wochen zu enteignen.

Für den 17. Februar 1968 hatte Dutschke zur *Internationalen Vietnam-Konferenz* geladen. Der SDS wollte mit Tausenden Gegnern des Vietnam-Kriegs zu den McNair-Barracks in der Goerzallee ziehen, dem Hauptquartier der amerikanischen *Berlin-Brigade* in Lichterfelde. Sie wollten die Kasernen stürmen, um zu verhindern, dass die US-Soldaten nach Vietnam gehen. Ein Blutbad war absehbar, aber Dutschke ließ sich nicht beirren. Der Schriftsteller Günter Grass wollte vermitteln, bat Scharf um Hilfe, die Studentenvertreter Bernd Rabehl und Jürgen Treulieb waren dabei. Schließlich folgte zögernd auch Albertz Scharfs Einladung in die Jebensstraße, denn er befürchtete, die studentische Seite würde sich nicht mit ihm an einen Tisch setzen. Sie tat es. Auch Dutschke. Lange schwieg Albertz. Als Rabehl von Gerüchten über Schusswaffeneinsatz der Berliner Polizei berichtete, ergriff er das Wort. Durch das Demonstrationsverbot wolle

Der *Saulus* als *Paulus*: Heinrich Albertz diskutiert ein halbes Jahr nach dem Rücktritt am 15. April 1968 mit Studenten in der Technischen Universität.



der Senat eine bürgerkriegsähnliche Lage herbeiführen. Albertz bat in beschwörenden Worten, ihm abzunehmen, dass die Polizei die Entscheidung mit Gewalt erzwingen wolle. Über den neuen Innen-senator Kurt Neubauer sagte er: „Neubauer ist alles zuzutrauen, Herr Rabehl. Für den ist die Grenze erreicht!“ Konnte vom Senat die Aufhebung des Demonstrationsverbots eingehandelt werden, wenn der SDS zusagte, nicht in die Goerzallee zu ziehen? Das war Scharfs Vorschlag. Dutschke stimmte zu. Doch der Handel gelang nicht. Albertz' Nachfolger Klaus Schütz blieb hart. Am Ende schrieben der Anwalt Horst Mahler für die studentische Seite und Scharfs Vertrauter, der Jurist Reyamar von Wedel, den Antrag ans Verwaltungsgericht, das Demonstrationsverbot aufzuheben. Das gelang. Am 18. Februar 1968 zogen 15 000 Menschen durch die Stadt. Berlin erlebte 1968 tatsächlich einen *heißen Frühling*. Für Albertz eröffnete sich die Aussicht auf eine neue Rolle als Vermittler zwischen den Fronten. Die schwerste Zeit war in dieser Rolle ganz sicher seine Indienstnahme durch die Entführer des Berliner CDU-Spitzenkandidaten für das Amt des Regierenden Bürgermeisters, also durch die *Bewegung 2. Juni*, benannt nach Albertz' Schicksalsdatum. Albertz hat diese Funktion als persönliche Vergeltung empfunden, aber seine Worte am 4. März 1975, als er kurz nach 18.15 Uhr in seiner TV-Ansprache im SFB das Codewort zur Freilassung von Peter Lorenz *ein Tag so wunderschön wie heute* sagte, gehören zur Stadtgeschichte und führten zu einer tief empfundenen Erleichterung für alle Beteiligten und für die Stadt, vor allem für die Familie und die Freunde von Lorenz.

HEINRICH ALBERTZ LEBTE AB 1986 in einer Seniorenwohn-anlage in Bremen, wo er am 18. Mai 1993 gestorben ist. Als politischer Pastor hat er 1967/68 eine persönliche Wandlung begonnen, die eine vom *Saulus* zum *Paulus* gewesen ist. Er tritt für Hausbesetzer ein, wird eine der Figuren der Friedensbewegung der 1980er-Jahre. Sicherlich war sein ganzes Leben als Christ eine Reise zu sich selbst. 1989 begrüßt er die Bildung des rot-grünen Senats unter dem Regierenden Bürgermeister Walter Momper. Berlin ehrt ihn 1990 mit der Ernst-Reuter-Plakette. Albertz sprach erst Ostern 1968 auf der Kundgebung nach dem Attentat auf Dutschke vom „Gift der Hetze und der Gewalt“ und sagte: „Die politisch Verantwortlichen, also auch ich, haben es in verschiedenen Graden versäumt zu sagen, was ist, was sein und nicht sein kann.“ Im Amt war er noch wie einer der Männer beim König David gewesen, die nicht vom Guten und Bösen hören wollten, wie es dessen Sohn Absalom im Ersten Testament sagt. Hat Albertz' Amtsnachfolger zugehört?



Klaus Schütz – Ein Jahrzehnt Regierender Bürgermeister



ER BERLINER STUDENT KLAUS SCHÜTZ war einer der Generation von Kommilitonen, die Albertz vor Augen gestanden hatten und die das Bild der Berliner von den Lernenden an den Universitäten bestimmten. In seinen Memoiren *Logenplatz und Schleudersitz* von 1992 berichtet Schütz, dass er zwei Jahre an der noch nach Friedrich Wilhelm benannten späteren Humboldt-Universität Geschichte und Germanistik studiert hat. Dort hat der nachmalige Berufspolitiker mit Neigung zur *großen* Politik sein erstes „öffentliches Mandat“ errungen als Vertreter der Philosophischen Fakultät im Studentenrat, und zwar als einziger Nichtkommunist. Der Kampf der SPD gegen die Vereinigung mit der KPD hat ihm imponiert. Stolz ist er, dass sein Parteibuch den 28. April 1946 als Eintrittsdatum vermerkt. Das ist der Tag der Urabstimmung, in der sich die Berliner Sozialdemokraten der Vereinigung widersetzen. Schütz gehört zur Gründergeneration der FU. Er organisierte sich im Sozialistischen Hochschulbund und dann im SDS. Er und 19 weitere nichtkommunistische Studentenratsmitglieder waren es, die am 11. Juni 1948 wegen der Relegation von drei Studenten aus dem Umfeld der Studentenzeitschrift *Colloquium* zurücktraten. Dieser Protest, den auch der junge Peter Lorenz mittrug, gehört zu den Wurzeln der Entstehung einer *freien* Universität in Dahlem, an die Schütz 1949 wechselte. Er nennt die Zeit im Nachhinein *radikale Phase*, in der er die marxistischen Klassiker Marx, Engels, Lenin, Karl Kautsky, Rosa Luxemburg studierte und von Lenins Weggenossen und zugleich Stalins Widersacher fasziniert war: „Es schien mir so einfach, ein Marxist zu sein und gleichzeitig mit Leo Trotzki, dem Hauptfeind von Josef Stalin, zu sympathisieren.“ Er sei sogar einmal bei den Jungsozialisten aus einer Funktion herausgewählt worden, weil er für die *Diktatur des Proletariats* eingetreten sei. Schütz offenbart nicht erst in seinen Erinnerungen ein temperiert distanziertes Verhältnis zur Berliner SPD. Links, „linker ging es nicht“, sei er gewesen, dann, zum Beispiel als Organisator der „Amerikanischen Fraktion“ um Willy Brandt, sei

Willy Brandts *junger Mann*: Albertz' Nachfolger Klaus Schütz spricht zu Beginn seiner Amtszeit als Regierender Bürgermeister vor den Mikrofonen von SFB und RIAS.

er so weit rechts gewesen, „daß mich einige nicht mehr sehen konnten“. So verblüfft es, dass Schütz mit den Erfahrungen seiner radikalen Phase als Regierender Bürgermeister Sätze wie diese sagte:

Ihr müßt diese Typen sehen. Ihr müßt ihnen genau ins Gesicht sehen. Dann wißt Ihr: Denen geht es nur darum, unsere freiheitliche Grundordnung zu zerstören.

Solche Äußerungen des seriösen, sachlichen, nüchternen Politikers zeigen, welchen Stimmungen in der Stadt, in seiner Partei, in der Wählerschaft er in den 1968er-Jahren meinte, Rechnung tragen zu müssen. In den Erinnerungen bedauert Schütz diese Äußerung. Sie sei fehl am Platz gewesen in einer Zeit, in der es darum gegangen sei, Erregungen abzubauen. Schon damals sei er überzeugt gewesen, „daß Menschen nicht physiognomisch eingeordnet werden sollten“.

WIE IST SCHÜTZ' VERHÄLTNIS ZU BERLIN? „Ich bin also ein Berliner, ohne Wenn und Aber“, schreibt er. Diese Beteuerung kontrastiert zum Satz Willy Brandts, der Schütz 1950 als SPD-Kreisvorsitzender in Wilmersdorf politisch entdeckte und der in seinen ersten Erinnerungen *Mein Weg nach Berlin* 1960 die Feststellung getroffen hatte: „Ich bin kein Berliner.“ Geboren sind weder Schütz noch Brandt in der Stadt. Brandt ist Lübecker, Schütz kam am 17. September 1926 in Heidelberg zur Welt. Sein Vater, das vermerkt der Historiker Dirk Rotenberg in seinem biografischen Aufsatz von 1992, war ein Berliner Anwalt, der 1941 als Soldat an der Ostfront ums Leben kam. Der Vater hatte den Sohn 1936 bei Verwandten in Berlin untergebracht, wo Schütz aufs Paulsen-Realgymnasium in der Gritznerstraße in Steglitz kam. Als die Mutter, eine Angestellte, nach einigen Jahren nachzog, nahm sie den Jungen zu sich. Schütz war beim nationalsozialistischen Jungvolk, bekam 1944 das *Abschlußzeugnis mit Reifevermerk*. Seit 1943 diente er als Luftwaffenhelfer, kam 1944 zum Reichsarbeitsdienst, war ab Juli 1944 Soldat. Bei Padua in Norditalien schossen Partisanen auf ihn. Von der schweren Verletzung blieb die Lähmung seines rechten Arms zurück. Diese Verletzung nötigte ihn dazu, an dieser Hand zeitweise einen schwarzen Handschuh zu tragen, weil er fror, und er gab beim Handschlag die Linke, was gelegentlich zu Unverständnis führte. Aus der Kriegsgefangenschaft wird er in die Britische Zone entlassen, und er kehrt nach Berlin zurück. „Meine Welt war Berlin. Ich hatte einiges von Europa gesehen, sozusagen

auf Staatskosten. Nun war ich zu Hause. Das war jetzt mein Zentrum und sollte es bleiben.“ Schütz lebt in dieser Stadt im Nachkrieg, wo die meisten unter dem Existenzminimum überleben mussten. Er erlebt die Blockade, den 17. Juni, Berlin-Krisen, Mauerbau. Er lernte die großen Sozialdemokraten kennen, den SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher, den ersten Regierenden Bürgermeister Ernst Reuter, den Landesvorsitzenden Franz Neumann. Aber Brandt ist die aufstrebende Persönlichkeit, der er sich anschließt, für die er arbeitet, mit der er den eigenen Aufstieg organisiert, indem er dessen Aufstieg organisiert. Schütz heiratet 1953, bekommt mit seiner Frau drei Kinder. Am Haus Johannisberger Straße 34 erinnert eine Berliner Gedenktafel an ihn. Dort wohnte die Familie bis 1974. Schütz starb 2012. Bis zu seinem Tod lebte er in der Wohnung im zweiten Stock des Mietshauses in der Nähe der Kurfürstendamm, über der seine Tochter mit Familie wohnte, die am Schluss für ihn sorgte. Seine Frau Adelheid Seeberger nannten alle Heidi, sie galt als „Mutter West-Berlins“. Sie war Pfarrerstochter aus Tempelhof, Nichte des bedeutenden Theologen und Theoretikers des *religiösen Sozialismus* Paul Tillich. Schütz las die Bibel erst, als er nach seiner Zeit als Regierender Botschafter in Israel wurde.

Was bedeuten die USA für Schütz? Amerika hat ihn geprägt. Deshalb berührt ihn der Anti-Amerikanismus der Studentenbewegung persönlich. Schütz bewarb sich an der amerikanisch mitfinanzierten FU um ein Stipendium für ein Studienjahr an der angesehenen US-Universität Cambridge, Massachusetts. Ihn fasziniert als Gegenstand seiner Forschung das demokratische System, er ist zwischen 1951 und 1957 Assistent am Institut für Politische Wissenschaften der FU, der vom späteren Regierenden Bürgermeister Otto Suhr nach 1945 wiederbegründeten Hochschule für Politik. Schütz ist ein Beispiel für die diesem Institut zugemessene Aufgabe, demokratischen Politiknachwuchs heranzubilden. Er hat mehrere wissenschaftliche Schriften publiziert, sein Promotionsvorhaben jedoch aufgegeben. 1960 ist Schütz mit dem späteren Bundesfinanzminister Alex Möller ein weiteres Mal in den USA, und er verfolgt im Auftrag des SPD-Parteivorstandes die Präsidentschaftskampagnen der Kandidaten John F. Kennedy und Richard M. Nixon aus der großen Nähe der Pressebusse. Nixon verlor die Wahl. Sein privater Berlin-Aufenthalt sechs Jahre vor seinem offiziellen Besuch als Präsident im Jahre 1969, bei dem ihn der Regierende Bürgermeister Schütz empfing, wird darüber gern vergessen. Nixon besuchte West- und Ost-Berlin am 24. Juli 1963, drei Wochen vor dem Mauerbau. Der zu diesem Zeitpunkt ehemalige US-Vizepräsident fuhr mit seiner Familie und großem Gefolge über den Kontrollpunkt Checkpoint Charlie in den sowjetischen Sektor und

am Abend desselben Tags gleich nochmals mit kleiner Begleitung, weil ihm die Abschottung von der Bevölkerung missfallen hatte. Im Restaurant *Budapest* in der Stalinallee spielte er *The Missouri Waltz* auf dem Klavier und widmete sein Spiel dem früheren US-Präsidenten Harry S. Truman. Vom erfolgreichen Wahlkampf Kennedys profitierte dank Schütz der SPD-Kanzlerkandidat Willy Brandt. Schütz, 1961 wie Albertz und Bahr Bestandteil der *Heilige Familie* genannten Entourage des Regierenden Bürgermeisters Brandt, leitete 1961 nur dem Kandidaten verantwortlich dessen Berliner Wahlkampfbüro, während die Parteizentrale in Bonn die Kampagne zentral organisierte. Aus der Rückschau bezeichnet Schütz das Bemühen als neuartig und als *amerikanisch*, den Bewerber so nah wie möglich an die Wähler zu bringen, ihn also am Arbeitsplatz und im Wohnquartier anzusprechen und nicht wie bislang nur auf Abendveranstaltungen. Daraus resultierte die von ihm konzipierte *Deutschlandreise*, mit einem Zug der Bahn. Brandt war bereit, die außerordentlichen Strapazen auf sich zu nehmen: „In bis zu fünfundzwanzig Reden am Tag sprach er vor dem maximal erreichbaren Publikum.“ Bahr schreibt 1998 in seinen Erinnerungen Schütz den Import des Begriffs *Kanzlerkandidat* zu.

Welchen Stellenwert hat Außenpolitik für Schütz? Er erklimmt im Gefolge Brandts die Karriereetappen, wird Abgeordneter im Berliner Parlament, ist ab Dezember 1961 Bundessenator, kommt in den Bundestag, lernt Bonn und die Parteizentrale kennen. Als Brandt Außenminister der Großen Koalition wird, holt er Schütz als Staatssekretär, faktisch wird er Chef des Auswärtigen Amtes. Der Tag der Ernennung, der 16. Dezember 1966, ist ihm in Erinnerung geblieben. Im Außenministerium war West-Berlin nach wie vor Teil seiner Arbeit. Ein Schlaglicht auf dessen prekäre Sicherheitslage wirft seine Schilderung seiner Aufgaben:

Wir hatten unsere Verteidigungsplanungen und zusätzlich das, was „contingency planning“ für Berlin hieß, die Planung also für den Ernstfall: Was geschieht, wenn beispielsweise von der DDR oder der UdSSR die Autobahn oder der Luftweg gesperrt werden, mit welchen Mitteln und zu welchem Zeitpunkt reagiert der Westen? Alles schrecklich, wenn es je hätte in die Tat umgesetzt werden müssen. Aber so furchterregend es auch war, es bildete einen beträchtlichen Teil meiner täglichen Arbeit.

Das war die Ausgangslage, als es darum ging, in Bonn Entspannungspolitik mit dem Osten in die Wege zu leiten. Schütz bemühte sich,